



**SOZIALES ÖSTERREICH** S O  
 Initiative für ein säkulares und rechtsstaatliches Österreich  
 Politischer Verein ZVR Zahl 747630277



Amer Albayati, Ing. Reinhard Fellner; Ing. Gebhard Fidler

Initiative Soziales Österreich  
 Wagramerstrasse 55-61/2/8  
 1220 Wien

An das

- Österreichische Parlament  
 mittels E-Mail: [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Betreff:	<b>Begutachtung des Ministerialentwurfes</b> betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Glücksspielgesetz, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Normverbrauchsabgabengesetz, die Bundesabgabenordnung, das Finanzstrafgesetz, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Ausfuhrerstattungsgesetz, das Finanzausgleichsgesetz 2008, das FTE-Nationalstiftungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz und das Krankenkassen-Strukturfondsgesetz geändert werden (Steuerreformgesetz 2015/2016 - StRefG 2015/2016)
Bezug:	BMF

Wir nehmen Bezug auf die im Betreff genannten Gesetzesmaterien und erlauben uns, Ihnen unsere Begutachtung zu übermitteln.

Vorab wird festgehalten, dass die vorliegende Stellungnahme im Zusammenwirken von Juristen, Publizisten, Politikern und anderen Experten der Initiative Soziales Österreich, der Initiative Liberaler Muslime Österreichs (ILMÖ) und dem Verein zur Völkerverständigung (VfV) erstellt wurde.

## Präambel

Die Initiative Soziales Österreich, die Initiative Liberaler Muslime und der Verein zur Völkerverständigung haben im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Aktivitäten die zu begutachtenden Gesetzesmaterien einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterzogen und erlauben uns festzuhalten, dass wir ähnlich wie der Fiskalrat, die ÖNB, der RH und andere Wirtschaftsforschungsinstitute die in Aussicht genommenen Auswirkungen auf Soll und Haben Seite nicht nachvollziehen können und mit einiger Wahrscheinlichkeit folgende Ergebnisentwicklung berechnet haben:

AKTUELLER BUDGETPFAD BASIS 2015	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
BIP Wachstum zum VJ (%) bto.	0	3,4%	-2,0%	2,8%	4,9%	2,8%	1,7%	2,0%	1,6%	1,2%	1,0%	1,2%	1,3%	1,3%
BIP Wachstum zum VJ (%) real *)	0	0,2%	-2,5%	0,9%	1,6%	0,4%	-0,3%	0,3%	0,1%	-0,2%	-0,3%	0,0%	0,1%	0,1%
BIP (Mio. €) *)	282.350	291.930	286.190	294.210	308.670	317.213	322.595	328.996	334.260	338.271	341.654	345.754	350.248	354.802
Arbeitslosenrate *)	6,2%	5,9%	7,2%	6,9%	6,7%	7,0%	7,6%	8,4%	8,9%	9,3%	9,7%	10,0%	10,3%	10,6%
Arbeitslosenrate zum VJ (%)	0,0%	-4,8%	22,0%	-4,2%	-2,9%	4,5%	8,6%	10,5%	6,0%	5,0%	4,0%	3,0%	3,0%	3,0%
Arbeitslosenrate nach Eurostat *)	4,9%	4,1%	5,3%	4,8%	4,6%	4,9%	5,4%	5,6%	6,1%	6,5%	6,9%	7,2%	7,5%	7,8%
Verbraucherpreise	2,2%	3,2%	0,5%	1,9%	3,3%	2,4%	2,0%	1,7%	1,5%	1,4%	1,3%	1,2%	1,2%	1,2%
Privater Konsum real	1,2%	1,6%	1,1%	1,2%	0,5%	0,6%	0,1%	0,2%	0,3%	0,5%	0,4%	0,3%	0,2%	0,2%
Einnahmen (Mio. €)	134.915	141.080	139.590	142.232	148.899	154.548	159.900	164.030	169.030	172.030	180.330	188.830	197.530	206.530
Wachstum zum VJ (%)	0	4,6%	-1,1%	1,9%	4,7%	3,8%	3,5%	2,6%	3,0%	1,8%	4,8%	4,7%	4,6%	4,6%
Einnahmen vs. DIP (%) *)	47,8%	48,3%	48,8%	48,3%	48,2%	48,7%	49,6%	49,9%	50,6%	50,9%	52,8%	54,6%	56,4%	58,2%
Ausgaben (Mio. €)	138.632	145.309	154.808	155.336	156.806	161.466	164.053	171.900	177.057	184.139	191.505	199.165	205.140	211.294
Wachstum zum VJ (%)	0	4,8%	6,5%	0,3%	0,9%	3,0%	1,6%	4,8%	3,0%	4,0%	4,0%	4,0%	3,0%	3,0%
Ausgaben vs. BIP (%) *)	49,1%	49,8%	54,1%	52,8%	50,8%	50,9%	50,9%	52,2%	53,0%	54,4%	56,1%	57,6%	58,6%	59,6%
Defizit vs. BIP (Mio. €)	-3.717	-4.229	-15.218	-13.104	-7.907	-6.918	-4.153	-7.870	-8.027	-12.109	-11.175	-10.335	-7.610	-4.764
Defizit vs. BIP (%) *)	-1,3%	-1,4%	-5,3%	-4,5%	-2,6%	-2,2%	-1,3%	-2,4%	-2,4%	-3,6%	-3,3%	-3,0%	-2,2%	-1,3%
Defizit Wachstum zum VJ (%)	0,0%	14%	260%	-14%	-40%	-13%	-40%	90%	2%	51%	-8%	-8%	-26%	-37%
Staatsschuld (Mio. €)	182.984	200.024	228.166	242.442	253.293	258.526	260.977	278.100	286.127	298.236	309.411	319.746	327.356	332.120
Staatsschuld vs. BIP (%)	64,8%	68,5%	79,7%	82,4%	82,1%	81,5%	80,9%	84,5%	85,6%	88,2%	90,6%	92,5%	93,5%	93,6%

Da für das Jahr 2015 1.Q. bereits Ergebnisse vorliegen, ist das oben berechnete Ergebnis schon relativ gut erhärtet. Gleichzeitig wollen wir aber auch darauf hinweisen, dass die zu erwartende Abweichung gegenüber dem beschlossenen Budgetpfad ab 2016 im größer wird. Das macht deutlich, dass die beschlossene Steuertarifreform und die in Aussicht genommenen Gegenfinanzierungen in keiner Weise realen Wert haben. Da wir wissen, dass im Finanzministerium entsprechende Kompetenzen auf Beamtenseite vorhanden sind, können wir nur vermuten, dass es sich beim Budgetpfad nur um politische Wunschergebnisse handelt, die mit der realen Wirklichkeit wenig gemein haben.

Bei Analyse des aktuellen Budgets hingegen, sehen wir sehr wohl Einsparungspotentiale durch systemische Maßnahmen, die Ausgaben reduzieren aber gleichzeitig die Effektivität steigern würden. Was Wachstumsfördernde Maßnahmen anlangt können wir nur auf den „Social Green New Deal“ verweisen, der als Gegenmodell zur gegenwärtigen Austeritätspolitik zu sehen wäre. Gerne sind wir bereit, diese Visionen, Konzepte und erforderliche Maßnahmen Ihrem Hause zu präsentieren

Unabhängig von dieser Grundsatzerklärung gehen wir auf das Gesetz wie folgt ein:

- Die Steuertarifreform ist ein Flickwerk, dass weder eine spürbare Entlastung des Faktors „Arbeit“ bei gleichzeitiger Kompensation durch vermögensbezogene Steuern noch eine, die Inlandsnachfrage stimulierende Entlastung kleinster, kleiner und mittlerer Einkommen (nach 3 Jahren realer Einkommensverluste) erreicht.
- Es wurde verabsäumt, bei den Sozialversicherungsbeiträgen bei der Krankenversicherung die Höchstbemessung zu Gunsten der Beiträge kleinster und kleiner Einkommensbezieher anzuheben.
- Eine mutige Strukturreform bei der Einkommens- und Lohnsteuer sowie bei der Krankenversicherung hätte einen wesentlich höheren Eigenfinanzierungsgrad erreicht.
- Österreich ist ein Land mit hoher Steuerehrlichkeit und einer vorbildlich effektiv arbeitenden und funktionierenden Finanzverwaltung. Die im Gesetz formulierte „Steuerehrlichkeit“ ist daher kontraproduktiv und wird erst recht zu Steuerwiderstand führen. Die „Registrierkassenpflicht“ hat bereits im Vorfeld zu einem neuen Geschäftsfeld für IT-Studenten (Manipulationssoftware) geführt, da die entsprechenden Unternehmen ja die Manipulationssicherheit bestätigen müssen. So werden in Zukunft selbst Unternehmen, die bisher mit Registrierkassen ehrlich gearbeitet haben zur Manipulation gerade zu eingeladen. Gerade diese Entwicklung sehen wir ja auch in Italien, wo sich ebenso kreative und kompetente IT Studenten ein Körbergeld verdienen.
- Die zukünftige Streichung der Sonderausgaben ist zwar geschickt getarnt worden, wird sich aber ab dem wirksam werden in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Beitrag zum Gesundheitswesen, etc.) vorhersehbar negativ auswirken.

Wir empfehlen daher eine gesamtheitliche und realistische Überarbeitung des Gesamtpaktes inklusive Hebung von systemischen Einsparungspotentialen sowie wirksamen Konjunkturmaßnahmen.

Reinhard Fellner e.h.  
Präsident



1210 Wien  
AUSTRIA

Tel.: +43(664) 2261164

**Mailto: [r.fellner@isoe.at](mailto:r.fellner@isoe.at)**

Gebhard Fidler e.h.  
Präsident



Amer Albayati e.h.  
Präsident



**Reinhard  
Fellner**

Digital unterschrieben von Reinhard  
Fellner

DN: cn=Reinhard Fellner,  
o=Initiative Soziales Österreich,  
ou=Volkswirtschaft,  
email=fellner@reinhard.com, c=DE  
Datum: 2015.06.03 09:54:18 +02'00'